

V0710/22

**Gebührenbericht Bürgerhaus**  
**(Referent: Herr Fischer)**

**Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Stiftungen und Familien vom 12.10.2022**

Frau Nosse schließt sich ihrer Vorrednerin an und informiert, dass das Bürgerhaus ein Haus der Begegnung sei. Die Mehrzahl der Veranstaltungen werde von den Ingolstädter Bürgerinnen und Bürgern gestaltet und durchgeführt. Die Aufgabe der hauptamtlichen Beschäftigten des Bürgerhauses sei, die Begleitung und die Unterstützung bei der Öffentlichkeitsarbeit. Im Jahr 2020 sei es so gewesen, dass 76 Prozent der Veranstaltungen kostenfrei waren und im Jahr 2021 80 Prozent. Es sei immer so, dass die Mehrzahl der Veranstaltungen kostenlos seien. Insbesondere in den Bereichen der Selbsthilfe gebe es kostenfreie Angebote mit Beratung. Der kostenpflichtige Anteil seien die Kurse von Senioren. Frau Nosse verweist auf „was nichts kostet, ist nichts wert“ und auch auf die dadurch zu erreichende Kursbindung der Teilnehmenden. Die Gebührensätze seien im Jahr 2022 nicht wegen der Kostendeckung geringfügig angehoben worden, sondern um ein einheitliches Gestalten im Haus zu ermöglichen. Die Einnahmen erfolgen hauptsächlich über Fördermittel vom Bund und dem Land. Frau Nosse betont, dass sich sehr viele Ehrenamtliche engagieren. Bedauerlicherweise bilde sich dies aber nicht in den Zahlen ab.

Das ehrenamtliche Engagement ziehe sich wie ein Roter Faden durch die Stadtgesellschaft, so Stadtrat Schidlmeier. Wenn alles hochgerechnet, was hier geleistet werde, sei dies sehr beachtlich. Er zeigt sich erfreut über die Ausführungen von Herrn Fischer, im Hinblick auf die Möglichkeiten der Hilfe und Unterstützung bei gestiegenen Heizkosten. Stadtrat Schidlmeier verweist auf die Menschen, welche auch wenig Geld haben, aber nicht zum Amt gehen. Bei allen Überlegungen müssen auch diese mit eingebunden werden.

Die sogenannte verdeckte Armut gebe es, so Herr Fischer. Es gibt Bürgerinnen und Bürger, welche einen Anspruch auf Leistungen der Grundsicherung haben, diesen aber nicht geltend machen. Hier könne nur versucht werden, einen niederschweligen Zugang zu den Dienst- und Geldleistungen zu ermöglichen und Aufklärungsarbeit zu leisten. Vielleicht helfe hier auch der Namenswechsel zum Jahresende, wenn aus der Grundsicherung das Bürgergeld werde. Weiter verweist er auf den Härtefallfonds der Stadtwerke von 500.000 Euro. Hier könne denjenigen Bürgern geholfen werden, die die staatlichen Sozialleistungen nicht in Anspruch nehmen können.

Stadtrat Schidlmeier verweist auf die Kirchgänger und regt an hier mit den Pfarreien in Kontakt zu treten, damit diese die Möglichkeit in den Pfarrbriefen erwähnen. Nach Worten von Bürgermeisterin Kleine spielt hier die Bindungswirkung eine ganz große Rolle. Die Mitarbeiter in den Stadtteiltreffs seien so geschult, dass diese darauf aufmerksam machen. Insofern sei diese Bindungswirkung sehr wichtig, damit man diese Leute erreiche, welche unter verdeckt laufen.

Stadtrat Niedermeier verweist auf den Nothilfefonds der Stadtwerke Mannheim und merkt an, dass diese bereits seit 15 Jahren mit der Caritas und der Diakonie zusammenarbeiten.

Dies sei auch beim Notfallfonds der Stadtwerke Ingolstadt so angedacht, so Herr Fischer. Dessen Umsetzung sei auch in Zusammenarbeit mit der Diakonie und der Caritas beabsichtigt.

Was zu dieser Grundversorgung gehöre und was sichergestellt werden müsse, sei eine gesellschaftliche Diskussion, so Bürgermeisterin Kleine. An dieser einen Stelle greife dieses eine Mittel.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen den Gebührenbericht zur Kenntnis.